

Demokratie mit Verantwortung

Befund zum Artikel aus der Presse und Bewertung

Grundlage: Ausgangspunkt ist ein Artikelausschnitt aus der Presse mit dem Titel
"Wie die Demokratie den Zusatz liberal bekam".

Die folgende Fassung trennt Befund und Bewertung und formuliert eine sachliche Bewertung.

1. 1. Befund aus dem Artikel der Presse

Aus dem Artikel der Presse lese ich folgenden Befund heraus: Früher genügte vielfach der Begriff Demokratie. Heute wird häufiger von liberaler Demokratie gesprochen, weil sich ein neues Gegensatzpaar herausgebildet hat: liberale Demokratie einerseits, illiberale Demokratie andererseits.

Der Artikel macht deutlich, dass der Streit nicht bloß um ein Wort geht. Es geht um die Frage, ob Demokratie nur bedeutet, dass eine Mehrheit entscheidet, oder ob Demokratie zusätzlich an Rechtsstaat, Grundrechte, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung, freie Öffentlichkeit und institutionelle Begrenzung politischer Macht gebunden sein muss.

Der Artikel zeigt außerdem, dass der Begriff liberal politisch umkämpft ist. Herbert Kickl (nach der gegenwärtigen vorherrschenden Strömung dieser Partei) wird im Artikel als Beispiel dafür genannt, dass liberale Demokratie von rechtspopulistischer Seite als Kampfbegriff gegen angebliche Eliten, gegen den Geist der 68er oder gegen ein bestimmtes gesellschaftliches Milieu verwendet wird.

Der eigentliche Streit lautet: Wer darf sich auf das Volk berufen, und wodurch wird verhindert, dass diese Berufung zur Entmachtung von Recht, Freiheit und Minderheiten führt?

Der sachliche Kern des Artikels scheint mir dieser zu sein: Demokratie allein als Mehrheitsprinzip ist zu wenig. Demokratie braucht Schutzmechanismen gegen Machtmissbrauch - auch dann, wenn Machtmissbrauch im Namen des Volkes geschieht.

2. 2. Befund zur politieorientierten Demokratie

Meine politieorientierte Demokratie-These setzt an einer anderen, tieferen Stelle an. Ich verstehe Demokratie nicht nur als Wahlverfahren, nicht nur als Parteienstreit und auch nicht nur als Summe individueller Rechte. Ich verstehe sie als Ordnung eines Gemeinwesens, das freiheitlich, rechtsstaatlich, verantwortungsethisch und gemeinwohlbezogen getragen werden muss. Dabei ist wichtig: Mit politieorientiert meine ich nicht Parteipolitik und auch nicht Politisierung. Ich meine die Politie im Sinn einer tragfähigen Ordnung des Zusammenlebens. Es geht um die Frage, wie ein Gemeinwesen so geordnet sein kann, dass Freiheit, Recht, Verantwortung, Gemeinsinn, Minderheitenschutz und demokratische Mitwirkung nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Meine politieorientierte Demokratie-These steht daher nicht gegen liberale Demokratie. Sie will diese auch nicht ersetzen. Sie will sie ergänzen und vertiefen. Liberale Demokratie schützt vor der Tyrannei der Mehrheit. Politieorientierte Demokratie fragt zusätzlich, welche Haltung, welche politische Kultur und welche Verantwortung nötig ist, damit diese Ordnung nicht innerlich ausgehöhlt wird.

3. 3. Bewertung

Ich halte fest: Der Artikel aus der Presse bestätigt, dass der Begriff Demokratie heute allein nicht mehr ausreicht, wenn damit nur Mehrheitsentscheidungen gemeint sind. Eine Mehrheit kann demokratisch zustande kommen und dennoch rechtsstaatliche Grenzen missachten, Minderheiten bedrängen, unabhängige Institutionen schwächen oder die öffentliche Vernunft durch Feindbilder ersetzen.

Ich sehe daher liberale Demokratie als notwendige Schutzform der Demokratie. Ohne Grundrechte, Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte, freie Medien und Minderheitenschutz wird Demokratie zur bloßen Machttechnik. Dann entscheidet zwar noch eine Mehrheit, aber das Gemeinwesen verliert seine innere Freiheit.

Gleichzeitig halte ich nur liberal verstandene Demokratie für unvollständig, wenn sie bloß noch als juristische Abwehrordnung erscheint. Menschen brauchen nicht nur Rechte, sondern auch Zugehörigkeit, Vertrauen, Orientierung, Verantwortung und Gemeinsinn. Wenn liberale Demokratie diese Dimension vernachlässigt, entsteht eine Leerstelle. In diese Leerstelle stoßen populistische Bewegungen mit einfachen Antworten, moralischer Empörung und dem Anspruch, allein das wahre Volk zu vertreten.

Hier kommt mein Ansatz: Ich verstehe meine politieorientierte Demokratie als Verbindung von freiheitlicher Rechtsordnung und verantwortetem Gemeinwesen. Ich will weder eine bloße Mehrheitsdemokratie noch eine bloß individualistische Freiheitsordnung. Ich suche eine demokratische Ordnung, in der Freiheit nicht Beliebigkeit bedeutet, Gemeinwohl nicht Zwang, Mehrheit nicht Herrschaft über Minderheiten und Rechtsstaat nicht lebensferne Bürokratie. Ich vertrete daher die These: Politieorientierte Demokratie ist notwendige Vertiefung und keine Alternative zur liberalen Demokratie. Sie nimmt den liberalen Schutz der Person ernst, fragt aber zusätzlich nach der Reife des Gemeinwesens. Sie fragt, ob Menschen noch fähig sind, zuzuhören, abzuwägen, Maß zu halten, Institutionen zu achten, Konflikte friedlich auszutragen und Verantwortung über den eigenen Vorteil hinaus zu übernehmen.

Die kritische Grenze ist eindeutig: Sobald Gemeinwohl gegen Grundrechte ausgespielt wird, wird mein Ansatz missverstanden. Sobald Volk gegen Minderheiten, Gerichte, Medien oder Verfassung gestellt wird, ist es keine politieorientierte Demokratie mehr, sondern eine gefährliche Verkürzung. Gemeinwohl ohne Freiheit wird autoritär. Freiheit ohne Gemeinwohl wird zersetzend. Demokratie ohne Rechtsstaat wird bloße Mehrheitsmacht. Rechtsstaat ohne demokratische Lebenskraft wird kalt und unverstanden. In diesem Sinn ist eine Ordnung erforderlich, als Kraft durch Wirkung eines reifen Glaubens von innen heraus. Denn was ist die Alternative: Ewige Wiederkehr von Krieg, Zerstörung und Wiederaufbau? Das entspricht keineswegs der christlichen Botschaft. Zum Beispiel widerspricht dem der Theologe, Philosoph, Anthropologe, Geologe und Paläontologe Teilhard de Chardin oder Vertreter panentheistischer Philosophie. Christen hoffen und glauben letztlich eher an einen Punkt auf Weiterentwicklung, auch wenn in der Apokalypse mahnende Worte zu finden sind.

4. 4. Schluss

Ich verstehe Demokratie als rechtsstaatlich gebundene, freiheitlich geschützte und gemeinwohlorientierte Selbstordnung eines reifen Gemeinwesens. Sie braucht Mehrheiten, aber sie darf nicht im Mehrheitswillen aufgehen. Sie braucht Freiheit, aber sie darf nicht in bloßen Individualismus zerfallen. Sie braucht Institutionen, aber sie darf nicht technokratisch erstarren. Sie braucht Gemeinsinn, aber niemals auf Kosten der Menschenwürde, der Grundrechte und des Minderheitenschutzes.

Damit passt der [Presse-Artikel](#) von Oliver Pink am 26.06.2026 auf Seite 2 gut zu einer politieorientierten Demokratie-These. Er zeigt das Problem dabei: Der Begriff Demokratie ist innerhalb politischer Parteien umkämpft. Und Ethikrichtlinien der Parteien sind meines Erachtens, und wie sich in der Wirklichkeit herausstellt, zu schwach, weshalb die Jusitz in Österreich besonders in den letzten zwei Jahrzehnten über gewohnte Härte hinaus durchgreift, um Korruption und Mißstände einzudämmen.

Meine These versucht, die fehlende Mitte zu benennen: Demokratie braucht Verfahren, Rechte, Institutionen und eine verantwortete politische Kultur. Erst ihr Zusammenwirken ergibt tragfähige Ordnung; und letztendlich Hoffnung auf einen weiterführenden Zivilisationsprozess als Fortschritt. Andere Vorschläge können demokratische Monarchien sein, was in Österreich eher unwahrscheinlich bleibt. In der Sache ist die Unterscheidung wichtig: Die englische Monarchie hat religiös-symbolisch eine institutionelle Einbettung, weil der König als „Supreme Governor“ der Church of England gilt; Österreich dagegen nach Art. 1 B-VG ist ausdrücklich eine demokratische Republik, deren Recht vom Volk ausgeht. (→ vgl. [House of Commons Library](#)) Das österreichische Parlament erklärt den Bundespräsidenten durch Wahl mit zeitlicher Begrenzung und Verantwortlichkeit als republikanisches Gegenmodell zur Monarchie – die Stelle des Bundespräsidenten verpflichtet zur obersten staatlichen Aufsicht der Parteien, die gerade aus dem Erbe der Monarchie heraus in Österreich verankert wurde. ([parlament.gv.at](#))

Andere Vorschläge können demokratische Monarchien sein: Ich komme auf diesen Gedanken nicht deshalb, weil ich Österreich in eine Monarchie zurückführen möchte. Weil die Frage nach Demokratie, liberaler Demokratie und politieorientierter Demokratie zuletzt immer auch die Frage nach einer tragenden Mitte berührt. Eine Monarchie kann in bestimmten geschichtlichen Ordnungen eine solche symbolische Mitte darstellen. Besonders deutlich wird dies im englischen Modell. Dort steht die Krone nicht nur für Staatlichkeit, Kontinuität und geschichtliche Erinnerung, sondern auch für eine funktionierende sichtbare Verbindung von politischer Ordnung und Glaubensüberlieferung. Wenn evangelischer Pfarrer für englische Monarchie schwärmen, kann ich das gut nachvollziehen: Sie sehen vermutlich nicht zuerst höfische Repräsentation, sondern eine Ordnung, in der Glaube, Geschichte, Nation und öffentliche Verantwortung noch in einem gemeinsamen Symbol zusammengehalten werden. Darin liegt zweifellos eine Faszination, die auch in Österreich in Bürgergarden noch vertreten wird. Die Monarchie kann als überparteiliches Zeichen wirken. Sie steht nicht in gleicher Weise im Tageskampf der Parteien. Sie muss nicht bei jeder Wahl neu um Zustimmung kämpfen. Sie kann eine Sprache der Kontinuität sprechen, die der modernen Parteidemokratie oft fehlt. In einer zerrissenen Gesellschaft kann ein solches Symbol entlastend wirken, weil es nicht alles dem wechselnden Mehrheitswillen, dem medialen Streit und der kurzfristigen Stimmung überlässt. Für Österreich sehe ich diese Möglichkeit nur sehr begrenzt. Österreich hat andere geschichtliche Erfahrungen. Die Habsburgermonarchie war über Jahrhunderte ein bedeutender Ordnungsrahmen, aber sie war zugleich mit Vielvölkerstaat, katholischer Prägung, dynastischer Herrschaft, imperialer Verwaltung und schließlich mit dem Zusammenbruch nach dem Ersten Weltkrieg verbunden. Österreichs heutige Verfassung steht nicht auf dem Boden einer fortgesetzten Krone, sondern auf dem Boden der Republik. Ihre Legitimation kommt nicht aus dynastischer Kontinuität, sondern aus Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit demokratischer Verantwortung und an Stelle eines Monarchen wirkt ein Bundespräsident mit staatlicher Überwachungsfunktion. Darum ist es für Österreich meines Erachtens ein Irrweg, die verlorene monarchische Symbolik einfach zurückholen zu wollen. Was in England historisch gewachsen ist, kann man nicht beliebig übertragen. Eine Monarchie lebt nicht von Nostalgie, sondern von gewachsener Anerkennung. Fehlt diese gewachsene Anerkennung, wird sie zur Folklore, zur politischen Projektion oder zur romantischen Ersatzordnung. Ich sehe in Österreich nicht die Aufgabe, Monarchie wiederherzustellen, sondern die eigentliche Frage dahinter ernst zu nehmen: Welche Mitte hält ein Gemeinwesen zusammen, wenn bloße Mehrheitsentscheidungen, Parteitaktik, Individualismus und moralische Empörung nicht mehr

genügen? An dieser Stelle gewinnt eine politieorientierte Demokratie Bedeutung. Sie sucht nicht die Rückkehr zur Krone, sondern eine Ergänzung zu einer reiferen demokratischen Ordnung. Sie fragt nach jener inneren Mitte, die eine Republik braucht, damit sie nicht in bloßes Verfahren, bloße Interessenvertretung oder bloße Machttechnik zerfällt. Diese Mitte kann in Österreich nicht monarchisch erzwungen werden. Sie muss republikanisch, rechtsstaatlich, kulturell, ethisch und geistig erneuert werden. Auch die Sozialpartnerschaft – als Konsensdemokratie im Gegensatz zur Konfliktdemokratie – in Österreich ist ein Erbe der Monarchie und eher bewahrend als innovativ ausgerichtet. Ich würde sagen: Die englische Monarchie zeigt, dass politische Ordnungen Symbole, Rituale, Kontinuität und Glaubensbezug brauchen können. Für Österreich folgt aber meines Erachtens nicht die Rückkehr zur Monarchie. Für Österreich folgt daraus die Aufgabe, die Republik geistig zu vertiefen. Die Republik darf nicht nur Verwaltungsform sein. Sie muss als verantwortete Ordnung des Gemeinwesens verstanden werden. Politieorientierte Demokratie versucht dies durch Definition von Gemeinwohl: Sie will die demokratische Republik nicht schwächen, sondern stärken. Sie will liberale Grundrechte, Rechtsstaat und Minderheitenschutz nicht relativieren, sondern mit Gemeinsinn, Verantwortung, Urteilskraft und Sinnorientierung verbinden. Sie ersetzt Monarchie nicht durch Ideologie. Sie sucht jene innere Ordnung, die eine freie Republik braucht, um nicht leer, kalt oder bloß taktisch zu sein. Darum komme auch ich auf Monarchie, aber bleibe nicht bei ihr stehen. Die Monarchie zeigt eine offene Frage: Woher nimmt ein Gemeinwesen seine verbindende Kraft? Meine Antwort lautet für Österreich nicht: aus der Krone. Meine Antwort: aus einer rechtsstaatlich gebundenen, freiheitlich geschützten, gemeinwohl-orientierten und geistig verantworteten Demokratie durch ergänzende Verfassungsbestimmungen. Es läuft darauf hinaus, dass Demokratie mehr braucht als Wahlen, Parteien und Mehrheiten. Sie braucht eine tragende politische Kultur. Sie braucht Menschen, die Freiheit nicht mit Beliebigkeit verwechseln, Gemeinwohl nicht mit Zwang, Glauben nicht mit Herrschaft, Rechtsstaat nicht mit Kälte und Republik nicht mit bloßer Verwaltung. Eine innere Ordnung, die nicht verordnet werden kann, sondern gelernt, gelebt und weitergegeben werden muss. In diesem Sinn verstehe ich mein Aufzeigen einer politieorientierten Demokratie als republikanische Antwort auf jene Sehnsucht, die manche Menschen an der Monarchie fasziniert: die Sehnsucht nach Einheit, Kontinuität, Glaubensbezug und öffentlicher Würde. Für Österreich kann diese Sehnsucht aus historischen Gründen nicht monarchisch, sondern republikanisch, demokratisch und verantwortungsethisch beantwortet werden. Ich komme auch auf Monarchie, weil sie die Frage nach der verbindenden Mitte sichtbar macht; bleibe aber bei der Republik, weil Österreich seine verbindende Mitte nicht in dynastischer Kontinuität, sondern in einer geistig vertieften, rechtsstaatlich gebundenen und gemeinwohlorientierten Demokratie mit dementsprechender Verfassung suchen sollte. Ebenso bezweifle ich, ob ein autoritäres Führungsprinzip – auch dort, wo es heute in rechtsnationalen oder postfaschistischen Strömungen wieder anklingt – eine tragfähige Alternative wäre; Italien selbst ist verfassungsrechtlich weiterhin eine parlamentarische Republik, deren Regierung das Vertrauen beider Kammern benötigt, weshalb der eigentliche Prüfstein nicht ein Etikett, sondern die Bindung politischer Macht an Recht, Parlament, Freiheit und Verantwortung bleibt. Auf Grundlage des Protestantengesetzes sehe ich die Evangelische Kirche in Österreich als freie Kirche im freien Staat: Sie soll nicht herrschen, aber öffentlich mitdenken, bilden, mahnen und zur verantworteten Meinungsbildung beitragen; gerade diese sichtbare geistige Präsenz vermisste ich teilweise, während sie im katholischen Bereich – anders verfasst, aber gesellschaftlich deutlicher wahrnehmbar – durch Soziallehre, Stellungnahmen und institutionelle Präsenz häufiger zum Ausdruck kommt. In einer Landgemeinde, in der politische Fragen zwischen unterschiedlichen Lagern spürbar umkämpft sind, will ich kein fertiges Urteil vorgeben; mir geht es darum, innerhalb der Gemeinschaft einen Raum gemeinsamer Deutung zu öffnen, in dem Glaube, Vernunft und demokratische Verantwortung neu miteinander ins Gespräch kommen. Ich bringe diese Überlegungen nicht parteipolitisch vor, sondern aus Kenntnis, dem Studium des österreichischen Verwaltungsrechts, sowie aus praktischen Erfahrungen im öffentlichen Dienst.